

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung hat im vergangenen Landtagswahlkampf wiederholt finanzielle Entlastungen für mehrere gesellschaftlich hochrelevante und oftmals stark belastete Berufsgruppen angekündigt. Hierzu stellt der Landtag fest, dass diese Ankündigungen bislang nur sehr unzureichend bzw. zum Teil noch gar nicht umgesetzt worden sind.

Dies betrifft aktuell unter anderem a) die angekündigte Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer (angehende Physio- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Podologinnen und Podologen, Logopädinnen und Logopäden) sowie b) die Erhöhung der sog. Stress- bzw. Erschwerniszulagen für Schichtdienstleistende und "Personenbegleiter Luft" (PB-L) im Bereich der Polizei.

Die bereits seit Monaten andauernde Unsicherheit der Betroffenen hinsichtlich der Frage, ob, wann und in welcher Form sie diese finanzielle Unterstützung konkret erhalten, ist nicht nur Ausdruck mangelnder Wertschätzung der Staatsregierung gegenüber ihrer Arbeit, sondern hält auch potenzielle Interessentinnen und Interessenten davon ab, diese Berufe zu ergreifen.

Die Staatsregierung wird daher zunächst aufgefordert, insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass - wie im Ministerrat vom 18. September 2018 beschlossen - ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer in Bayern gilt. Da die Schulgeldfreiheit allerdings erst nach einem entsprechenden Haushaltsbeschluss des Landtags in Kraft treten kann, fordert der Landtag die Staatsregierung auf, eine Rückerstattung der betreffenden Gelder ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 zu garantieren und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Auch ist zu garantieren, dass Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern nicht in Vorleistung gehen müssen und dass Investitionen in den Qualitätsausbau keinesfalls zurückgefahren werden. All diese Fragen sind im Rahmen des nun angekündigten "Gesundheitsbonus" dringend und zweifelsfrei zu klären, damit die Betroffenen Planungssicherheit haben und verlässlich entlastet werden.

2. Die Staatsregierung soll die bereits für den 1. Januar 2019 zugesagte Anhebung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) auf fünf Euro pro Stunde für Schichtdienstleistende bei der bayerischen Polizei zügig und rückwirkend realisieren. Auch die von der Staatsregierung im Herbst 2018 angekündigten Zulagen für Personenbegleiter Luft (PB-L) sind rückwirkend auszubezahlen, und zwar zum 1. September 2018. Deren Höhe soll sich auf 70 Euro pro Tag bei innereuropäischen und 100 Euro pro Tag bei außereuropäischen Flügen belaufen.

Begründung:

Gleich mehrere Berufsgruppen in Bayern, denen Ministerpräsident Söder in den vergangenen Monaten finanzielle Unterstützung und Entlastung zugesichert hatte, warten derzeit auf die längst überfällige Realisierung dieser Zusagen bzw. auf verlässliche Planungen. Die Unzufriedenheit bei den Betroffenen ist entsprechend groß:

So demonstrierten vergangene Woche unter anderem angehende Ergotherapeutinnen und -therapeuten für die im September 2018 vom Kabinett angekündigte Schulgeldfreiheit bei Heilmittelerbringern. Hierzu hatte der Ministerrat am 18. September 2018 folgenden Beschluss gefasst: "Ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 soll das Schulgeld im Freistaat für diese Berufe entfallen. Dadurch wird die Ausbildung attraktiver und die Nachwuchsgewinnung in diesen für die Gesundheitsversorgung wichtigen Berufen deutlich erleichtert." Am 12. Februar 2019 wurde ein "Gesundheitsbonus" angekündigt, der allerdings wichtige Fragen offen lässt, bspw. was mögliche finanzielle Vorleistungen von Schülerinnen und Schülern und konkrete Pläne der Staatsregierung zum Qualitätsausbau anbelangt. Die Unsicherheit der Betroffenen in diesen Punkten hält viele davon ab, einen solchen Beruf zu ergreifen. Dies wiegt umso schwerer, da es sich bei den Heilmittelerbringern um einen wichtigen und äußerst wertvollen Versorgungsfaktor im Gesundheitsbereich handelt und der Personalbedarf unvermindert hoch ist.

Auch in einem anderen Bereich hält die Staatsregierung ihre Versprechungen für Unterstützungsmaßnahmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern offenkundig nicht ein: bei der Polizei. Hier lassen sowohl die angekündigte Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) als auch die Zahlung einer „PB Luft-Zulage“ auf sich warten. Rainer Nachtigall, Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft, äußerte deshalb in einer Pressemitteilung vom 6. Februar 2019 deutliche Kritik an der Staatsregierung: Die rund 13.000 Schichtdienstleistenden und 100 „Personenbegleiter Luft“ (PB Luft) seien "stinksauer", der "Vertrauensverlust" wiege "schwer". Die Staatsregierung hat deshalb zügig die rückwirkende Auszahlung dieser Erschwerniszulagen in die Wege zu leiten.

Die hier genannten, jüngsten Versäumnisse der Staatsregierung offenbaren, dass sich die schwarz-orange Koalition in Bayern bislang weitgehend auf bloße Ankündigungspolitik beschränkt und getroffene Zusagen wiederholt nicht einhält. Auch die kürzlich bekannt gewordene Finanzierungslücke im Kita-Bereich (Drs. 18/214) kann in diesem Zusammenhang als unrühmliches Beispiel genannt werden.